

Initiativ *post*

Eidgenössische
Volksinitiative

«Abtreibungs-
finanzierung
ist Privatsache»



Die meisten Menschen würden nie eine Abtreibung vornehmen. Sie wollen auch nicht für die Abtreibungen anderer bezahlen müssen.



Peter Föhn
Co-Präsident
des Initiativkomitees,
Nationalrat

Der Kampf geht weiter

Am 4. Juli 2011 war es so weit: Unter der tatkräftigen Mithilfe von Bürgerinnen und Bürgern, Jugendlichen und zahlreichen Kindern konnte das Initiativkomitee 60 Kartons, gefüllt mit knapp 111'000 Unterschriften, für die Lancierung unserer Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» in Bern einreichen. Mit der Beglaubigung von exakt 109'597 gültigen Unterschriften gab die Schweizerische Bundeskanzlei schliesslich am 18. August auch offiziell grünes Licht für eine Volksabstimmung.

Ein erster grosser Schritt ist getan! Im Namen des Initiativkomitees danke ich allen Sympathisantinnen und Sympathisanten von Herzen für die Unterstützung. Unser Dank gilt gerade auch den Jungparteien, die unermüdlich Unterschrift um Unterschrift gesammelt haben. Einmal mehr ist es herrlich, in Dörfern und Städten, und schliesslich auch bei der Übergabe der Unterschriften in Bern herzhaft gelebte Demokratie hautnah zu sehen und zu spüren.

Nun steht ein intensiver Abstimmungskampf bevor, in dem wir weiterhin auf Sie, liebe Leserinnen und Leser, zählen. Es ist enorm wichtig, dass am 23. Oktober 2011 jene Kandidatinnen und Kandidaten ins Parlament gewählt oder dort bestätigt werden, die für unsere Volksinitiative eintreten. Politikerinnen und Politiker, für die ungeborenes Leben unantastbar ist. Volksvertreter, die keine Abtreibungen mit ihren Grundversicherungsprämien mitfinanzieren wollen.

Unser Kampf für tiefere Krankenkassenprämien und für ungeborenes Leben erfordert Mut, Durchsetzungskraft und Energie. Er kostet aber auch Geld. Denn eines ist klar: Wenn unsere Initiative zur Abstimmung kommt, werden wir die geballte Medienlandschaft gegen uns haben. Deshalb müssen wir schon heute unsere Kriegskasse für einen starken Abstimmungskampf äufnen. Das Initiativkomitee ist deshalb dankbar für jede auch noch so kleine finanzielle Unterstützung. Wir sind überzeugt, gemeinsam werden wir auch die weiteren Hürden zuerst im Parlament und später dann anlässlich der Volksabstimmung an der Urne meistern!

Ihr **Peter Föhn**
Nationalrat, Co-Präsident des Initiativkomitees

Volksinitiative – von der Vorbereitung bis zur Urne

In wesentlichen Fragen hat das Schweizer Volk das letzte Wort. Die Initiative als Mittel zum direkten demokratischen Mitspracherecht ist bei uns traditionell fest verankert. So kommt eine Volksabstimmung wie die «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» zustande:

1. Vorbereitung, Herbst 2009:

Das Initiativkomitee schlägt eine Verfassungsänderung vor. Es kann sich dabei um eine Totalrevision oder um einen Zusatz, eine Aufhebung oder Änderung eines einzelnen Verfassungsartikels (Teilrevision) handeln. Unsere Initiative verlangt, dass Abtreibungen aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung gestrichen werden. Das Initiativkomitee reicht seinen formulierten Initiativtext bei der Bundeskanzlei zur rechtlichen Prüfung ein. Danach stehen 18 Monate für das Sammeln der nötigen 100'000 Unterschriften zur Verfügung.

2. Unterschriftenabgabe, 4. Juli 2011:

Nach Ablauf der Frist reicht das Initiativkomitee die gesammelten und beglaubigten Unterschriften der Bundeskanzlei zur zweiten Beglaubigung ein. Für «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» wurden am 18. August 109'597 Unterschriften bestätigt und damit die Initiative offiziell für zustande gekommen erklärt.

3. Parlamentarische Debatte, 2012:

Nun muss der Bundesrat über den Inhalt der Initiative beraten und eine Botschaft an das Parlament richten. Dieses empfiehlt dann den Stimmberechtigten, die Initiative anzunehmen oder abzulehnen. Nicht selten erarbeiten die Räte einen Gegenvorschlag, der als Alternative zum ursprünglichen Initiativtext zur Abstimmung gelangt.

4. Abstimmung, 2013:

Um angenommen zu werden, benötigt eine Volksinitiative das Volks- und das Ständemehr (doppeltes Mehr). Es müssen sich also sowohl die Mehrheit der Stimmenden als auch die Mehrheit der Kantone dafür aussprechen. Und das ist unser grosses Ziel mit «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»!



Impressionen aus der Unterschriftenabgabe in Bern am 4. Juli 2011

Der Kampf geht weiter. Das Initiativkomitee hat die Kriegskasse für den Abstimmungskampf eröffnet. Bitte helfen Sie mit einer Spende.

Jeder Franken zählt!

► PC 40-50 60 70-6

Der Abstimmungskampf hat begonnen

Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» hat nicht zum Ziel, die Fristenlösung zu verbieten. Sie will vielmehr eine Verlagerung der Finanzierung in den privaten Bereich erreichen, denn wir wollen Abtreibungen nicht mitfinanzieren müssen. Mit ihren Unterschriften haben sich rund 110'000 Bürgerinnen und Bürger diesen Forderungen angeschlossen. Nun hat der Abstimmungskampf begonnen. Unsere Argumente sind klar:

- 1. Entlastung der obligatorischen Krankenversicherung von fragwürdigen Leistungen.**
Abtreibungen gehören nicht zur Grundversorgung unserer Krankenversicherung.
- 2. Stärkung der Freiheit des Einzelnen.**
Niemand soll verpflichtet werden, mit seinen Prämien die Abtreibungen anderer mitfinanzieren zu müssen.
- 3. Senkung der Gesundheitskosten.**
Die Initiative leistet einen positiven Beitrag zur Senkung der obligatorischen Krankenkassenprämien.
- 4. Konsequente Anwendung des Selbstbestimmungsrechts.**
Wer selbstbestimmt eine Abtreibung vornehmen lassen will, soll die Kosten dafür auch aus der eigenen Tasche bezahlen.
- 5. Keine Zunahme der Kurpfuscher-Abtreibungen.**

Weil Abtreibungen durch die Volksinitiative nicht verboten werden, ist auch nicht mit einer Zunahme von Kurpfuscher-Abtreibungen zu rechnen. Denn auch Kurpfuscher haben ihren Preis. Sie machen sich sogar strafbar und riskieren laut Strafgesetzbuch bis zu fünf Jahren Zuchthaus oder Gefängnis.

Das Zustandekommen der Volksinitiative bewegt eine erfreulich breite Schicht in der Bevölkerung, und das Echo in den Medien ist gross. In der deutschen Schweiz zeigen alle bisherigen Umfragen verschiedener Zeitungen ermutigende Zahlen zugunsten der Volksinitiative (siehe Box unten). Trotzdem ist ein künftiger Erfolg an der Urne noch keineswegs gesichert. Schon gar nicht in der Westschweiz, wo die Zeitung «Le Quotidien Jurasien» bei nur 40 Prozent ihrer Befragten ein Ja zu «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ermittelt hat. Dieser Wert zeigt, dass wir noch lange nicht locker lassen dürfen.

Das Initiativkomitee erhielt besonders zahlreiche Unterschriften aus den Kantonen Bern und Zürich, aus der Ost- und Zentralschweiz sowie aus den Kantonen Aargau, Wallis und Tessin. Im Verhältnis zur stimmberechtigten Bevölkerung wurde die Initiative mit Abstand am stärksten im Kanton Schwyz unterstützt.

Damit der Zuspruch für die Initiative auch in den anderen Teilen der Schweiz bis zur Abstimmung in zirka zwei Jahren noch steigt, müssen wir einen starken Abstimmungskampf führen. Unterstützen Sie uns bitte weiterhin mit Überzeugungsarbeit in Ihrem Umfeld. Und wenn Sie uns mit einer finanziellen Spende in die Kriegskasse unter die Arme greifen können, sind wir Ihnen ganz besonders dankbar.

FRAGE DES TAGES

Vier Schweizer Zeitungen fragten ihre Leserschaft:

Sollen Abtreibungen aus der eigenen Tasche bezahlt werden?



Setzen Sie unsere Komiteemitglieder 2x auf die Liste Ihrer Partei!

Diese Komiteemitglieder vertreten unser Anliegen im Parlament. Mit Ihrer Wahl am 23. Oktober 2011 stellen Sie sicher, dass der Kampf für eine Streichung der Abtreibungsfinanzierung aus der Grundversicherung engagiert geführt wird.



AG

« Ich will nicht gezwungen sein, etwas mitzufinanzieren, das ich nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann. »

Sylvia Flückiger, SVP (bisher)



BE

« Ich setze mich für den Schutz des ungeborenen Kindes ein! Folglich will ich nicht, dass jeder Prämienzahler dazu gezwungen wird, mit seinen Krankenkassenbeiträgen Abtreibungen zu finanzieren. »

Daniel Beutler, EDU



BE

« Wenn die Kosten des tödlichen Eingriffes nicht mehr automatisch von den Krankenkassen übernommen werden, nehmen die Abtreibungen schweizweit sicher ab. Dies ist mein Hauptanliegen. »

Andreas Brönnimann, EDU (bisher)



BE

« Der Europäische Gerichtshof hat 2010 entschieden, dass es kein Menschenrecht auf Abtreibung gibt. Weshalb also soll die obligatorische Krankenversicherung Abtreibungen finanzieren? »

Andrea Geissbühler, SVP (bisher)



BE

« Abtreibung ist keine Krankheit und gehört deshalb nicht in die Grundversicherung. »

Marianne Streiff-Feller, EVP (bisher)



BS

« Kinder kriegen ist keine Krankheit, deshalb gehört der Schwangerschaftsabbruch nicht in den Leistungskatalog der obligatorischen Grundversicherung. »

Daniel Albietz, CVP



GE

« Heute müssen alle Versicherten, ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren können oder nicht, Abtreibungen mitfinanzieren. Diese Volksinitiative stellt die Gewissensfreiheit wieder her. Und das ist gut so! »

Valérie Kasteler-Budde, EVP



JU

« Abtreibungen, die durch psychosoziale und ideologische Überlegungen motiviert sind, entsprechen einem persönlichen Lebensstil. Die Kosten dafür sollen auch persönlich verantwortet werden. »

Dominique Baettig, SVP (bisher)



LU

« Als Frau will ich allen Frauen den Leidensweg einer Abtreibung ersparen. Und als Abtreibungsgegnerin will ich allen Gleichgesinnten auch die finanziellen Kosten nicht mehr zumuten. »

Yvette Estermann, SVP (bisher)



LU

« Bei einer Abtreibung wird immer jemand getötet. Von mir zu verlangen, dass ich das mitfinanzieren soll, verstösst gegen die Gewissensfreiheit. »

Pius Segmüller, CVP (bisher)



SG

« Eine Abtreibung ist keine Krankheit. Sie kann aber somatische Krankheiten oder Depressionen auslösen und das Risiko für Alkoholismus oder Drogenmissbrauch erhöhen. Es gibt wenige Frauen, die eine Abtreibung ohne Schaden überstehen. »

Jakob Büchler, CVP (bisher)



VD

« Das Ziel der Volksinitiative ist, die Gesundheitskosten und die Zahl der Abtreibungen zu senken. »

Fabienne Despot, SVP



VS

« Keiner sollte einen Schwangerschaftsabbruch in der Grundversicherung mitfinanzieren müssen, wenn er das nicht will. Wer abtreiben möchte, kann dies ja jederzeit mit einem günstigen Versicherungszusatz regeln. So schaffen wir mehr Wahlfreiheit. »

Oskar Freysinger, SVP (bisher)



ZH

« Es ist die edelste Aufgabe des Staates, das Leben des Menschen zu schützen und zu erhalten. Wer eine Abtreibung vornimmt, muss die vollumfängliche Verantwortung dafür selber übernehmen. »

Toni Bortoluzzi, SVP (bisher)



ZH

« Die Schweizer Fristenlösung ist ein Verbrechen an der ungeborenen Generation. Dass Abtreibung von der Krankengrundversicherung finanziert wird, betrachte ich als Hohn. »

alt Nationalrat Markus Wäfler, EDU

Vielen Dank für Ihre Stimme!

Impressum:

Initiativpost erscheint 4-mal jährlich / **Abo:** CHF 10.–, für Gönner/-innen im Beitrag enthalten / **Herausgeber und Redaktion:** Überparteiliches Komitee «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», Postfach, 4142 Münchenstein 1 / **Tel.** 061 415 20 57 / **Fax** 061 415 20 58 / **info@privatsache.ch** / **Postkonto:** 40-506070-6 / © **Initiativkomitee** / **Bilder:** S.1: istockphoto, alle übrigen z.V.g. / **Gestaltung:** GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8600 Dübendorf / **Druck:** Spühler Druck AG, 8630 Rüti.